

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 6

Artikel: Bürgerrechte für alle?
Autor: Raheb, Viola
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390439>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer in europäischen Medien zum Thema «ChristInnen und der Arabische Frühling» recherchiert, wird schnell fündig. Der Tenor: Die arabischen ChristInnen sind vom Islam bedroht. Doch so einfach ist die Situation nicht.

Eine Tendenz in der Berichterstattung war früh erkennbar: Der Arabische Frühling könnte für die ChristInnen zum «Winter» werden. *Die Welt online* ging am 3.1.2011 einen Schritt weiter: «Anschlag auf Kopten. Wird die arabische Welt eine Region ohne Christen?» Der Titel eines Kommentars in der Tageszeitung *taz* vom 8.5.2011 lautete: «Dramatischer Exodus der arabischen Christen – Eine kollektive Schande».

Auch die Politik in Europa greift das Thema auf. So zeigte sich Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei der Eröffnung des Kongresses «Christenverfolgung heute» im Oktober 2011 besorgt, dass der Arabische Frühling für die ChristInnen zur «Eiszeit» werden könnte. Im November 2011 äusserte der österreichische Außenminister im Irak seine Sorge um die ChristInnen im Land. Der deutsche Außenminister besuchte im Januar 2012 in Ägypten eine koptische Kirche und sprach sich für Religionsfreiheit, Toleranz und den Schutz der ChristInnen aus. Das europäische Parlament befasste sich wiederholt mit der Situation der christlichen Gemeinschaften im Irak, in Ägypten und in Syrien.

Auf einmal zeigen sich Medien und Politiker überall besorgt um die Zukunft der ChristInnen in der arabischen Welt. Liest man die Texte genau, zeigt sich die Tragik, dass es in Wahrheit gar nicht um die konkreten Menschen geht. Denn in Zeiten der «Ruhe» (wenn es sie im Nahen Osten überhaupt gibt) melden sich diese Stimmen kaum. Auch dann nicht, wenn ChristInnen im Nahen Osten Hilfeschreie aussenden – so unsere Erfahrung im deutschsprachigen Raum mit dem Appell *Kairos Palästina*. Bisweilen wird die westliche Sorge um die nächst-

Viola Raheb

Bürgerrechte für alle?

ChristInnen im Nahen Osten inmitten der politischen Umbrüche

Befinden sich die christlichen Gemeinschaften bereits im arabischen Winter? Die Lage der ChristInnen im Nahen Osten ist unübersichtlich. Ihr Schicksal bewegt sich zwischen Ausgrenzung, Emigration und selbstbewusstem Weg in die gemeinsame Zivilgesellschaft.

liche kirchliche Präsenz als Vorwand benutzt, um den Islam anzugreifen.

Auch in den Ländern des Nahen Ostens selbst wird die Zukunft der christlichen Präsenz zum grossen Thema. Manche Stimmen warnen vor der Verfolgung und Unterdrückung von ChristInnen im Zuge der politischen Veränderungen. Die Wahlergebnisse in Tunesien und Ägypten mit grossen Erfolgen für den politischen Islam verstärken die Ängste sowohl unter den einheimischen ChristInnen als auch in der internationalen Gemeinschaft.

Kein gemeinsamer christlicher Nenner

Da und dort kommt es fast schon zu einer politischen Hysterie. Diese übersieht in ihrem Eifer die Verflochtenheit und die Komplexität der Situation der ChristInnen inmitten des Arabischen Frühlings. Ihre Rolle wird nicht differenziert wahrgenommen. Denn die Realitäten und die Herausforderungen, die Optionen und die Positionen der ChristInnen lassen sich kaum auf einen Nenner bringen. Sie sind von Land zu Land, ja sogar innerhalb eines Landes und innerhalb der einzelnen Kirchen sehr unterschiedlich. Es ist notwendig, den jeweiligen soziopolitischen und innerkirchlichen Kontext genauer zu betrachten.

Exemplarische Blicke auf Ägypten oder Syrien zeigen: Während die etablierten Kirchenführungen in den politischen Umbrüchen zumindest vorerst mehr oder weniger hinter dem Regime stehen, kämpfen christliche Persönlichkeiten auf der Seite der Opposition. Die ChristInnen sind gespalten, viele sind gelähmt. Eine Debatte über den Beitrag der ChristInnen zum Arabischen Frühling dauert unter den AkteurInnen noch an und ist noch längst nicht ausgestanden.

Ägyptische Kopten im Umbruch

Papst Schenuda III., das Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche Ägyptens,

hielt sehr lange am Regime Mubaraks fest. Während Millionen Menschen, darunter auch viele KoptInnen, auf die Strassen gingen, um zu demonstrieren, verkündigte der Papst noch am 30.1.2011 im staatlichen Fernsehen seine Unterstützung für Mubarak und sein Regime. Einige Tage später wandte sich der Papst an die DemonstrantInnen mit der Forderung, ihre Proteste zu beenden und auf die Stimme der Vernunft zu hören. Er fand wenig Gehör, sogar koptische Geistliche kritisierten seine Haltung deutlich, allerdings meist anonym.

Die politischen Veränderungen nach dem Sturz Mubaraks brachten Annäherungen. So begrüsst Papst Schenuda am Weihnachtsgottesdienst 2011 in der Markus-Kathedrale in Kairo die Vertreter des Obersten Militärrats sowie die Vertreter der Muslimbruderschaft, die zum ersten Mal an einer solchen Feier teilnahmen. Auf der anderen Seite wählte die neue Partei für Freiheit und Gerechtigkeit der Muslimbruderschaft den koptischen Christen Rafiq Habib zum zweiten Vizepräsidenten. Im März 2012 wurde die Verfassungsgebende Versammlung gewählt, in der die Muslimbrüder und die Salafisten zahlenmässig dominierten. Die christlichen VertreterInnen zogen sich zurück. Einer der umstrittensten Punkte der neuen Verfassung betrifft die Einführung der Scharia unter Artikel 36, der die Rechte und Pflichten von Frauen regelt.

Staatbürgerschaft für alle

In einem kürzlichen Interview mit der «Daily News Egypt» betonte der für den im März 2012 verstorbene Papst Schenuda gewählte Papst Tawadros II. die Notwendigkeit zur Besinnung auf *citizenship*: Die Bürgerrechte seien in der Verfassung die verbindende Basis zwischen ÄgypterInnen verschiedener religiöser Zugehörigkeit.

Im April 2013 kam es zu religiös motivierten Auseinandersetzungen vor der koptisch-orthodoxen Sankt-Markus-Ka-

thedrale in Kairo, bei der zwei Menschen starben und mehrere verletzt wurden. Father Makary Habib, persönlicher Sekretär von Papst Tawadros II, stellte im Anschluss daran fünf Forderungen an die Regierung auf: «Wir verlangen vom Präsidenten, dass das Recht für alle gilt, Sicherheit im ganzen Land gewährleistet wird, das Prinzip der Staatsbürgerschaft im Zentrum steht, der religiöse Diskurs verändert und koptische Geschichte an den Schulen gelehrt wird.»

Syrische Kirchen mit dem Regime

Im Gegensatz zu Ägypten dauert der Konflikt in Syrien an. Insbesondere in den letzten Monaten gewann die konfessionelle Dimension immer mehr die Oberhand. Versucht man die Position der ChristInnen in Syrien zu verstehen, ergibt sich ein ähnliches Bild wie dasjenige in Ägypten vor dem Fall Mubarak.

Bereits im September 2011, knapp ein halbes Jahr nach Beginn der Massendemonstrationen, veröffentlichten die Oberhäupter der Kirchen in Syrien eine Erklärung unter dem Titel «Die Freien Christen Christi», in der sie Position zugunsten des Regimes bezogen: «Wir, die Christen Syriens aus allen Kirchen, wissen mit Gewissheit, dass die Kirche die richtige Entscheidung getroffen hat, Religion nicht mit Politik zu vermischen. Sie (die Kirche) ist bekannt für ihre mutigen Positionen in schwierigen Zeiten. Daher bekräftigen wir unsere Positionierung mit Syrien, weil das, was geschieht, eine ausländische Verschwörung gegen alle Syrer ist. Wir werden es daher nicht zulassen, dass unsere syrischen Mitglieder zu Gewalt, Mord und zur Durchführung ausländischer Befehle verleitet werden, damit Syrien wie der Irak, Ägypten oder Libyen wird. Wir rufen daher alle christlichen Brüder dazu auf, sich an keiner Aktion zu beteiligen, die von dem Geist und der Lehre Christi und seinem Evangelium fern ist...»

Positionen geraten ins Wanken

Auch in der syrischen Opposition finden sich christliche Personen, die sich schon seit Jahren für eine politische Veränderung ausgesprochen haben und im Gefängnis sassen wie etwa Michael Kilo. Am 23.8.2011 wurde in Istanbul der Syrische Nationalrat ins Leben gerufen, unter den GründerInnen waren auch christliche SyrerInnen. Am 9. November 2012 wurde einer von ihnen, George Sabra, zum Präsidenten gewählt.

Inzwischen wird die Situation als Bürgerkrieg bezeichnet. Die offizielle Zahl der Flüchtlinge liegt bei 1,3 Millionen, unter ihnen vermutlich bis 400 000 ChristInnen. Die Situation wird immer unübersichtlicher und das Leid der Bevölkerung immer grösser. Dabei wird es für die Kirchen schwieriger, ihre regierungsfreundliche Haltung beizubehalten. Stellungnahmen der offiziellen Vertreter der Kirchen aus jüngster Zeit zeigen wankende Positionen. Im April 2013 bezeichnete der maronitische Erzbischof von Damaskus, Samir Nassar, die Alternativen der ChristInnen als «Wahl zwischen zwei bitteren Alternativen: Tod oder Weggehen».

Im gleichen Monat kritisierte Patriarch Gregorius III. Laham, Patriarch der melkitischen griechisch-katholischen Kirche, bei seinem Besuch in Rom die Waffenlieferungen nach Syrien: «Waffenlieferungen helfen den Menschen in diesem Bürgerkriegsland nicht. Die Lage ist für alle Bevölkerungsgruppen schwer. Die Menschen werden Opfer des Chaos in einem «Krieg ohne Gesicht». Niemand weiss, von wem die Angriffe ausgehen. Der Konflikt ist aber kein Krieg zwischen Christen und Muslime. Zwar hat es vereinzelt Gewalt gegen Christen gegeben, aber die Christen sind kein Ziel für Banditen, Bewaffnete oder die Opposition.»

Gewehrkugeln treffen zufällig

Bishop Yohanna Ibrahim, einer der zwei Bischöfe, die im April 2013 in Aleppo entführt wurden, sagte wenige Tage vor



Viola Raheb ist Pädagogin und Theologin aus Bethlehem/Palästina. Sie koordinierte die lutherischen Schulen in Palästina. Heute lebt sie in Wien, wo sie als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit arbeitet und heute als Doktorandin am Lehrstuhl für Religionswissenschaft der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien tätig ist. viola.raheb@univie.ac.at

seiner Entführung: «Es gibt keine Christenverfolgung, und es gibt keinen einzigen Plan, Christen zu töten. Alle respektieren die Christen. Gewehrkgeln treffen zufällig, sie zielen nicht auf Christen, weil sie Christen sind.»

Wieso stellen sich Kirchenleitungen bisweilen hinter diktatorische Regimes? Ein arabisches Sprichwort besagt: Der, den wir kennen, ist besser als der, den wir nicht kennen. Mit dem seit Jahrzehnten herrschenden politischen Establishment, sei es in Ägypten, Syrien, oder anderen Ländern, haben sich die Kirchenleitungen gut arrangieren können.

In manchen Ländern funktionierte dies besser als in anderen, in Syrien etwa besaßen die ChristInnen tatsächlich viele Privilegien. Zum andern hat diese Haltung damit zu tun, dass die ChristInnen im Nahen Osten und ihre Kirchen Angst haben vor der Machtübernahme durch den politischen Islam, repräsentiert durch die Muslimbrüder, und vor den damit verbundenen Veränderungen im Hinblick auf die Verknüpfung von Religion und Politik.

Keine christlichen Inseln

Was die Umbrüche im arabischen Raum für die ChristInnen bedeuten, erfordert eine differenzierte Bestandsaufnahme.

Die nahöstliche christliche Landschaft muss neu «kartiert» werden.

Die Herausforderungen betreffen die gesamten Gesellschaften in den arabischen Ländern. Es geht weniger um die Situation der Minderheiten, viele ChristInnen im Nahen Osten lehnen diese Bezeichnung ab. Auf dem Spiel stehen die zivile Gesellschaft und ihre zukünftige Ausrichtung hinsichtlich Themen wie Verfassung, Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte, Pluralität und Religionsfreiheit. Gerade die ChristInnen im Nahen Osten müssen begreifen, dass hier Prozesse in Gang gesetzt worden sind, deren Subjekt sie selbst sind. Wenn sie als christliche AraberInnen in dieser Region eine Zukunft haben sollen, sind sie herausgefordert, sich als integrale Teile dieser Gesellschaften zu verstehen und sich dementsprechend in die sozialen und politischen Prozesse einzubringen. Es gibt keine neutralen, ruhseligen Inseln, auf die sich die ChristInnen zurückziehen können, bis sich alles verändert hat. In Krisenzeiten sind die Kirchen und die ChristInnen gefragt, Position zu beziehen und aktiv an der Zukunftsgestaltung teilzunehmen. Die Frage ist nicht einfach, welche Rolle ihnen zugewiesen wird. Es geht darum, welche Rolle sie sich selbst geben wollen und geben werden. ●